



EU-Kooperation mit der Transpazifischen Partnerschaft

Wirtschaftschancen und Motor für
Welthandelsregeln

DIHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammer

IHK

Deutsche
Industrie- und Handelskammern

Impressum

Deutsche Industrie- und Handelskammer

Breite Straße 29
D-10178 Berlin
Telefon +49 30 20308 0
E-Mail info@dihk.de

DIHK Online

[Homepage](#) | [Facebook](#) | [X \(Twitter\)](#) | [Linkedin](#) | [Instagram](#) | [Youtube](#)

Redaktion: Klemens Kober

Grafik: Sebastian Titze

Stand: Juli 2026

EU-Kooperation mit der Transpazifischen Partnerschaft

Wirtschaftschancen und Motor für Welthandelsregeln

Das Welthandelssystem steht unter Druck. Im internationalen Warenaustausch herrschen zunehmend Unsicherheit, Protektionismus und das Recht des Stärkeren – zulasten der deutschen Wirtschaft. Umso wichtiger wird eine "Koalition der Willigen", die sich für die Offenheit von Märkten sowie den Erhalt und die Weiterentwicklung der Welthandelsregeln einsetzt.

Die Europäische Union könnte eine derartige Koalition gemeinsam mit der Transpazifische Partnerschaft (Comprehensive and Progressive Agreement for Trans-Pacific Partnership, kurz CPTPP) anführen. Zusammen stehen die 27 EU- und die zwölf CPTPP-Staaten Australien, Brunei, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, das Vereinigte Königreich und Vietnam für 37 Prozent des Welthandels – mehr als die USA und China zusammen. Perspektivisch sollte die Zusammenarbeit auch weiteren gleichgesinnten Wirtschaftspartnern offenstehen, die den regelbasierten Handel stärken wollen. Gleichzeitig bietet eine enge EU-CPTPP Zusammenarbeit auch Chancen zur Vertiefung der bilateralen Handels- und Investitionsbeziehungen, die es zu ergreifen gilt.

Erste Schritte für das Bündnis wurden bereits zurückgelegt, als die EU und CPTPP im November 2025 in Melbourne einen Handels- und Investitionsdialog für eine engere Zusammenarbeit vereinbart haben. Wenige Monate später, im März 2026, folgte anlässlich der 14. Ministerkonferenz der Welthandelsorganisation (WTO) in Yaoundé eine gemeinsame Erklärung zur Zukunft des Welthandels.

Die Bundesregierung sollte sich nun dafür einsetzen, diese Absichtserklärungen zu institutionalisieren und inhaltlich zu vertiefen, um den internationalen Handel für deutsche Unternehmen zu erleichtern und abzusichern.

Enge Partnerschaft statt CPTPP-Beitritt

Auch der direkte Austausch von Waren und Dienstleistungen mit der CPTPP-Region ist für den deutschen Außenhandel von großer Relevanz. Die EU sollte deshalb eine möglichst enge Partnerschaft mit dem CPTPP anstreben. Vollständig beitreten sollte die EU dem CPTPP jedoch nicht, da sie dann für die europäische Wirtschaft ungünstige Regulierungsansätze des Bündnisses übernehmen müsste. Viele dieser Regeln, etwa im Digitalbereich, wurden bis 2016 durch die USA vorangetrieben, die das ursprünglich geplante Bündnis – damals unter dem Namen TPP – anführen wollten. Auch nach Rückzug der USA blieben diese Regeln bestehen. Mit einem Beitritt zum CPTPP müsste die EU Regelwerke übernehmen, auf deren Ausgestaltung sie keinen Einfluss hatte, und würde damit vom Regelsetzer zum Regelnehmer („Rule Taker“) werden. Im Interesse der europäischen Wirtschaft und angesichts ihrer geoökonomischen Relevanz sollte die EU jedoch ihren Anspruch eines „Rule Makers“ nicht aufgeben.

Stattdessen sollen Handelsabkommen mit möglichst allen Ländern des Bündnisses angestrebt werden. Über bilaterale Abkommen ist die EU schon mit vielen CPTPP-Ländern verbunden oder verhandelt neue Verträge, die umfassenden Marktzugang bieten würden. Die Verhandlungen mit Thailand, Malaysia und den Philippinen sollten nun rasch abgeschlossen sowie die Abkommen mit Indonesien und Australien bald ratifiziert werden. Mittelfristig sollte eine Überführung dieser bilateralen Abkommen der EU in ein EU-ASEAN-Abkommen angestrebt werden.

Ein umfassendes EU-CPTPP Handelsabkommen hingegen würde viele handelspolitische Kapazitäten binden und bei sensiblen Gütern im Agrarbereich schnell ins Stocken geraten. Da mit vielen CPTPP-Partnern bereits

umfangreiche Abkommen bestehen bzw. absehbar sind, sollte der Fokus auf konkreten Erleichterungen in den Bereichen Kumulierung, Digitales, Wirtschaftssicherheit und Lieferkettenresilienz sowie Nachhaltigkeit liegen.

Ursprungsregeln verbinden

Die Handelsbeziehungen zwischen der EU und den CPTPP-Staaten werden durch ein komplexes System unterschiedlicher und bürokratischer Ursprungsregeln erschwert, unter dem gerade KMUs leiden. Um regionale Lieferketten enger mit der EU zu verbinden ist die Möglichkeit wichtig, Handelspräferenzen auch für Güter zu nutzen, die länderübergreifend in der Region produziert wurden. Ein gemeinsames Protokoll zu Ursprungsregeln kann hier Abhilfe verschaffen. Unternehmen hätten damit die Wahl, sich entweder auf die bilateralen Regeln aus den jeweiligen EU-Abkommen oder auf das gemeinsame Protokoll zu stützen. Idealerweise können bilaterale Regeln komplett durch gemeinsame ersetzt werden. Mit dem gemeinsamen Protokoll könnte die diagonale Kumulierung ermöglicht werden. Die überarbeiteten Pan-Euro-Med-Regeln sollten die Grundlage für das gemeinsame EU-CPTPP-Protokoll bilden. Deutsche Unternehmen verfügen bereits über umfangreiche Erfahrungen mit diesen Regeln.

Digitalen Handel absichern

Die EU ist der weltweit größte Exporteur von Dienstleistungen, von denen 48 Prozent digital erbracht werden. Daher ist es für die Wirtschaft entscheidend, dass die EU-Handelspolitik weltweit Dienstleistungsmärkte öffnet und offen hält – insbesondere im Digitalbereich. Die EU sollte mit den CPTPP-Staaten eng zusammenwirken, um künftige globale Standards für den digitalen Handel aktiv mitzugestalten. Über bilaterale Digitalabkommen hat die EU bereits mit einzelnen CPTPP-Ländern Vereinbarungen getroffen, die den Handel erleichtern und absichern. Darauf aufbauend sollte eine EU-CPTPP Vereinbarung verhandelt werden. Zentral hierbei wäre ein Verbot von Zöllen auf elektronische Übertragungen. Eine Vereinbarung sollte auch Rechtssicherheit mit Blick auf Technologietransfer und Lokalisierungsvorgaben, der Konsumenten- und Datenschutz stärken und Handelserleichterungen durch E-Rechnungen und E-Unterschriften beinhalten. Gerade hinsichtlich zukünftiger Entwicklungen, etwa im KI- und Quantenbereich, wären regulatorische Kooperationsformate wichtig, die es der EU zusammen mit CPTPP ermöglichen, bei der Gestaltung globaler Standards mitzuentcheiden. Die Zusammenarbeit bezüglich digitaler Souveränität etwa im Bereich Open Source und offener, interoperabler Standards gilt es zu stärken, um strategischen digitalen Abhängigkeiten zu reduzieren. Alle CPTPP-Mitglieder sollten darüber hinaus dem plurilateralen WTO-E-Commerce Abkommen beitreten und dieses rasch ratifizieren.

Wirtschaftssicherheit durch Lieferkettenresilienz

Elementar wäre eine Vereinbarung zum Verzicht auf Exportrestriktionen und auf wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen. Ergänzend dazu sollten staatliche Transparenz- und Notifizierungspflichten bei Exportkontrollen verstärkt werden – etwa in Form eines Verhaltenskodex. Dies betrifft insbesondere Exportrestriktionen auf sensible Güter in den Bereichen Energie, kritische Rohstoffe, Medizin und Lebensmittel. Auch sollten beide Seiten ihre Handelsschutz-, Industrie- und Förderpolitiken besser abstimmen und einen engeren Informationsaustausch in Form eines Frühwarnmechanismus für kritische Lieferketten vereinbaren. Schließlich sind Vereinbarungen zu kritischen Rohstoffen wichtig. All dies sollte in einem Wirtschaftssicherheitsabkommen kodifiziert werden. Das jüngste Singapur-Neuseeland-Abkommen über den Handel mit essenziellen Gütern (AOTES) kann hierzu als erstes verbindliches Abkommen dieser Art als Vorbild für künftige Vereinbarungen dienen.

Auch die EU-Strategie "Global Gateway" sollte Asien stärker in den Fokus nehmen und wichtige Konnektivitäts- und Rohstoffprojekte unterstützen. Bisher hat die EU nur ein Investitionsziel für die ASEAN-Region in Höhe von 10 Milliarden festgelegt.

Nachhaltigkeit

Unilaterale Maßnahmen der EU im Nachhaltigkeitsbereich wie der CO₂-Grenzausgleich CBAM oder die Entwaldungsverordnung stoßen bei vielen CPTPP-Partnern auf Kritik. Aus Wirtschaftssicht sind internationale und aufeinander abgestimmte Ansätze vorzuziehen. Um Handel und Investitionen zu erleichtern, sollte die EU gemeinsam mit den CPTPP-Staaten auf möglichst kompatible Nachhaltigkeitsstandards und Verfahren hinarbeiten, insbesondere bei Themen wie Entwaldung, CO₂-Bepreisung und Grenzausgleichsmechanismen. Dabei kommt insbesondere der Harmonisierung von CO₂-Berechnungsmethoden sowie einer möglichst interoperablen IT-Umsetzung der entsprechenden Regelungen eine zentrale Bedeutung zu.

Zudem sollten alle CPTPP-Partner dem Klimaklub beitreten und ihre Zusammenarbeit mit der EU im Bereich der Entwaldungsbekämpfung vertiefen. Die EU sollte darüber hinaus einen Beitritt zu dem von Neuseeland initiierten Agreement on Climate Change, Trade and Sustainability (ACCTS) prüfen. Auch eine engere Zusammenarbeit bei WTO-Verhandlungen zum Abbau fossiler Subventionen wäre sinnvoll.

WTO-Reform

Die neue Hochzollpolitik der USA und verschiedene Handelsdeals, die in Teilen nicht mit den Regeln der WTO vereinbar sind, markieren einen Epochenbruch im Welthandelssystem. Als Gemeinschaft von Staaten, die auf verbindlichen Regeln und Rechtssicherheit basiert, sollte sich die EU entschlossen für die Verteidigung und Weiterentwicklung der regelbasierten Handelsordnung einsetzen – nicht zuletzt, weil auch der europäische Binnenmarkt auf diesen Prinzipien beruht. Ein "Stillhalteabkommen", in dem sich die EU und CPTPP verpflichten, ihre Handelsbeziehungen weiterhin im Einklang mit WTO-Recht und zentrale WTO-Prinzipien wie Meistbegünstigung zu gestalten sowie auf WTO-widrige Zölle zu verzichten, würde Unternehmen dringend benötigte Planungssicherheit geben. Darüber hinaus sollte die Koalition neue WTO-Verhandlungen zu zentralen wirtschaftspolitischen Herausforderungen anstoßen. Dazu gehören insbesondere eine Modernisierung des Subventionsregelwerks mit Blick auf Staatsunternehmen sowie internationale Ansätze bei Nachhaltigkeitsthemen wie CO₂-Bepreisung und CO₂-Grenzausgleichsmechanismen.

Wirtschaftsdaten

Bis auf Brunei ist die deutsche Wirtschaft mit Auslandshandelskammern in elf der zwölf CPTPP-Staaten vertreten: Australien, Kanada, Chile, Japan, Malaysia, Mexiko, Neuseeland, Peru, Singapur, das Vereinigte Königreich und Vietnam.

Deutscher Außenhandel 2025

Mrd. EUR	Dt. Exporte	Dt. Importe	Handelsvolumen
Vereinigtes Königreich	79,9	38,5	118,4
Chile	2,9	1,9	4,8
Kanada	12,5	9,1	21,6
Mexiko	15,6	9,5	25,1
Peru	1,1	1,9	3,0
Brunei Darussalam	0,04	0,01	0,05
Japan	21,0	22,1	43,1
Malaysia	5,9	10,7	16,6
Singapur	6,5	5,3	11,8
Vietnam	3,8	18,2	22,0
Australien	10,3	4,6	14,9
Neuseeland	1,4	0,9	2,3
CPTPP-Staaten	161,0	122,7	283,6
USA	147,1	94,4	241,4
China	81,3	171,1	252,4
Weltweit	1563,8	1362,2	2925,9

Quelle: Statistisches Bundesamt, eigene Berechnung

Mit einem Exportvolumen von 161 Mrd. Euro entfielen rund 10 % der deutschen Ausfuhren auf die CPTPP-Staaten. Zusammengenommen wäre die Region damit – noch vor den USA – Deutschlands wichtigster Exportpartner.

Mit einem Importvolumen von 123 Mrd. Euro läge ihr Anteil an den deutschen Einfuhren bei etwa 9 %. Damit wäre die CPTPP-Region nach China der zweitwichtigste Importpartner Deutschlands.

Deutsche Direktinvestitionen in der Region (Bestandangaben 2023)

Region	Investitionsbestand in Mrd. Euro	Anzahl deutsche Unternehmen vor Ort	Anzahl Beschäftigter in 1.000
Vereinigtes Königreich	153,3	2.318	418
Mexiko	31,9	652	336
Australien	27,5	826	100
Kanada	25,8	624	70
Singapur	25,2	629	46
Japan	18,4	444	71
Malaysia	8,0	302	91
Chile	3,7	232	31
Vietnam	2,3	107	38
Neuseeland	1,5	104	7
Peru	1,4	93	11
CPTPP-Staaten	299,1	6.331	1.219
USA	529,3	6.173	1.042
China	127,3	2.589	813
Weltweit	153,3	44.994	8.583

Quelle: Deutsche Bundesbank

Wer wir sind:

Unter dem Dach der Deutschen Industrie- und Handelskammer (DIHK) sind die 79 Industrie- und Handelskammern (IHKs) zusammengeschlossen. Unser gemeinsames Ziel: Beste Bedingungen für erfolgreiches Wirtschaften.

Auf Bundes- und Europaebene setzt sich die DIHK für die Interessen der gesamten gewerblichen Wirtschaft gegenüber Politik, Verwaltung und Öffentlichkeit ein. Denn mehrere Millionen Unternehmen aus Handel, Industrie und Dienstleistung sind gesetzliche Mitglieder einer IHK - vom Kiosk-Besitzer bis zum Dax-Konzern. So sind DIHK und IHKs eine Plattform für die vielfältigen Belange der Unternehmen. Diese bündeln wir in einem verfassten

Verfahren auf gesetzlicher Grundlage zum Gesamtinteresse der gewerblichen Wirtschaft und tragen so zum wirtschaftspolitischen Meinungsbildungsprozess bei.

Grundlage unserer Stellungnahmen sind die wirtschaftspolitischen Positionen und beschlossenen Positionspapiere der DIHK unter Berücksichtigung der DIHK bis zur Abgabe der Stellungnahme zugegangenen Äußerungen der IHKs und ihrer Mitgliedsunternehmen.

Darüber hinaus koordiniert die DIHK das Netzwerk der 150 Auslandshandelskammern, Delegationen und Repräsentanzen der Deutschen Wirtschaft in über 90 Ländern.